

Steven Levitsky, Daniel Ziblatt: „Die Tyrannei der Minderheit“

Demokratischer Nachzügler USA

Von Martin Tschechne

Deutschlandfunk, Andruck, 27.05.2024

„Wie Demokratien sterben“, so hieß der Bestseller, den die Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt von der Harvard Universität 2018 vorlegten. Im Wahljahr konzentrieren sie sich in ihrem neuen Buch auf die USA und die Frage, wie stabil die US-Demokratie heute dasteht.

Der US-Bundesstaat Wyoming hat gut eine halbe Million Einwohner. Im Senat der Vereinigten Staaten werden sie repräsentiert durch zwei Senatoren. Kalifornien hat fast 40 Millionen, auch sie repräsentiert durch zwei Senatoren. Viel knapper und viel plastischer lässt sich nicht illustrieren, wie ein politisches System scheinbar Gleichheit erzeugt, wo in Wirklichkeit diese Gleichheit gerade verhindert wird. Und das ist nur eines von sehr vielen Beispielen, mit denen Steven Levitsky und Daniel Ziblatt, Politikwissenschaftler an der Harvard University, ihre Ausgangsthese belegen:

„Die Vereinigten Staaten, einst ein Vorreiter der Demokratie und ein Vorbild für andere Nationen, sind mittlerweile zu einem demokratischen Nachzügler geworden.“

Dienstälteste Demokratie

Etwas ist gekippt im Diskurs und in der Praxis der amerikanischen Politik. Nach ihrer 2018 erschienenen, eher auf allgemeine Mechanismen bezogenen Analyse „Wie Demokratien sterben“, lenken Levitsky und Ziblatt nun den Fokus auf die Verfasstheit und den Zustand ihrer eigenen Demokratie – die sich stolz die dienstälteste der Welt nennt und doch tief in der Krise steckt. Was inzwischen geschehen ist: eine Präsidentschaft Donald Trump, Radikalisierung der Gesellschaft, offene Verschwörung, mutwillige Obstruktion, tödliche Gewalt auf den Straßen und, am 6. Januar 2021, der Sturm auf das Capitol.

„Was die Amerikaner gerade miterlebt hatten – der Versuch des Präsidenten, die Wahlergebnisse umzustürzen –, stellte einen demokratischen Rückschritt dar. Die amerikanische Republik war nicht zusammengebrochen, aber sie war unbestreitbar weniger demokratisch geworden.“

Steven Levitsky, Daniel Ziblatt

Die Tyrannei der Minderheit

Warum die amerikanische Demokratie am Abgrund steht und was wir daraus lernen können

Aus dem Englischen von Klaus-Dieter Schmidt

Deutsche Verlagsanstalt, München

350 Seiten

26 Euro

Tatsächlich lassen Levitsky und Zibblatt unterm Strich wenig Raum für Illusionen. Und sie begründen ihre Skepsis: Das politische System des Landes sei eben nicht, wie seit 237 Jahren wacker propagiert, das wagemutige Experiment einer Herrschaft von Gleichen mit gleichen Rechten und gleichen Chancen – vielmehr sei es, so die Kritik der Autoren und so auch der Titel ihres Buches, verkommen zur Basis einer „Tyrannei der Minderheit“. Und sie sagen auch, wer oder was in ihren Augen die Verantwortung dafür trägt:

„Viele Amerikaner verehren die Verfassung als ein buchstäblich unangreifbares Dokument. In ihren Augen sind Institutionen wie der Senat und das Wahlmännerkollegium Bestandteile eines sorgfältig austarierten Systems von Kontrolle und Gegenkontrolle. Doch das ist ein Mythos. Die Gründer mögen von antiken griechischen und römischen Autoren inspiriert gewesen sein, aber die meisten von ihnen waren erfahrene, pragmatische Politiker, die vor allem versuchten, aus 13 unabhängigen Staaten eine dauerhafte Union zu schmieden. Es ging um viel.“

Fundamentale Konstruktionsfehler

England und Frankreich hatten ein Auge auf die junge Nation geworfen, die erst elf Jahre zuvor ihre Unabhängigkeit erklärt hatte. Die Verfassung von 1787, so erläutern und belegen Levitsky und Zibblatt, diene dem Schutz vor Invasion, Kolonialisierung und monarchischer Willkür. Sie ist also ein Dokument, das, erstens, viel eher einer historischen Wirklichkeit gerecht wird als den Lebensverhältnissen der Gegenwart, geschweige denn den Anforderungen der Zukunft. Und das, zweitens, weniger auf die Schaffung von Gleichheit und Recht im Inneren angelegt war als auf die Festigung von Macht, zunächst gegen Bedrohung von außen. Was die Autoren also beklagen, sind fundamentale Konstruktionsfehler.

„Die Vereinigten Staaten sind die einzige Präsidialdemokratie der Welt, in welcher der Präsident nicht direkt, sondern durch ein Wahlmännergremium gewählt wird. Sie gehören zu den wenigen etablierten Demokratien mit einem Mehrheitswahlsystem, in dem eine große Zahl gewonnener Wahlbezirke eine Parlamentsmehrheit ergibt, was manchmal dazu führt, dass Parteien, die landesweit weniger Stimmen erhalten haben, im Parlament die Mehrheit der Mandate einnehmen. Die Vereinigten Staaten sind die einzige Demokratie auf der Welt mit einer lebenslangen Amtszeit von obersten Richtern.“

Die Autoren gehen schmerzhaft ins Detail. Polemik ersparen sie sich selbst und ihren Lesern, denn Empörung über die fatalen Eigenschaften des Systems stellt sich rasch von selber ein – über die offensichtliche Verzerrung bei der Verteilung von Sitzen im Senat, über die tiefen Gräben, die das Land durchziehen und unversöhnlich trennen, was einmal eine Gemeinschaft werden wollte. Empörung auch über den Missbrauch von Richtern für parteipolitische Zwecke und die vielfältigen Mechanismen, ganzen Bevölkerungsgruppen ihr Stimmrecht vorzuenthalten. Über das erpresserische Verschleppen von Entscheidungen durch die Labertechnik des Filibusters und die Praxis des Gerrymandering, also das willkürliche Zuschneiden von Wahlkreisen nach den Bedürfnissen der jeweils regierenden Partei. Das alles hat nicht Donald Trump erfunden. Es war schon Teil des Systems. Aber niemand hat es in so kalter Rücksichtslosigkeit für sich in Stellung gebracht.

„Jahrzehntelang waren die Republikaner eine Partei der rechten Mitte, ähnlich den britischen und kanadischen Konservativen und den deutschen Unionsparteien. Die meisten ihrer Führer teilten eine grundsätzliche Verpflichtung auf die Demokratie. Es war einmal.“

Gelobt sei James Madison, einer der Autoren der Verfassung, der einst forderte, solch eine politische Standortbestimmung müsse alle 19 Jahre, einmal pro Generation, neu geschrieben werden. Gelobt sei John Adams, der 1801 als erster demokratisch gewählter Präsident klaglos das Amt in die Hände eines Nachfolgers aus der Gegenpartei legte. Der eine konnte sich von Anfang an nicht durchsetzen, das Vorbild des zweiten hat seine moralische Autorität mit Donald Trump verloren. Am 5. November nun wird erneut ein Präsident gewählt. Nein: ein ganzes System stellt sich zur Wahl.